

Resümee
zur Veranstaltung

**Beute verteilt – Forschung zerstört
Zur aktuellen Situation der österreichischen
Forschungspolitik**

4. Mai 2000
Renner-Institut

Stichworte zum Inhalt:

UNIV.-PROF. DR. ARNOLD SCHMIDT:

Die jetzige Kompetenzverteilung ist einfach *lack of leadership*.
Es braucht ein Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Technologie.

ABG.Z.NR DDR. ERWIN NIEDERWIESER:

Man kann noch zusätzliche Geldmittel für die Forschung zu lukrieren (Handylizenz).
Die Frage von Schwerpunktsetzungen wird in nächster Zeit zu beantworten sein.

UNIV.-PROF. DR. WERNER WELZIG:

Forschungsquote von 2,5% ist nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben steht.
"Die Wissenschaft muss dem ganzen Volk dienen" (Karl Renner)

UNIV.-PROF. DR. INA WAGNER:

Mangel an Transparenz und ein eingeschränktes Verständnis von Interdisziplinarität bei der
österreichischen Forschungsförderung

ABG.Z. NR DR. KURT GRÜNEWALD:

Wissenschaft nicht im Zentrum des parlamentarischen Interesses
Innovation an den Universitäten braucht mehr als nur Geld

Moderation: KLAUS TASCHWER

Beute verteilt – Forschung zerstört

Zur aktuellen Situation der österreichischen Forschungspolitik

Das Renner-Institut veranstaltete Anfang Mai einen Diskussionsabend rund um das Thema Forschungspolitik, wobei insbesondere die Maßnahmen der schwarz-blauen Regierung der Kritik unterworfen waren. Die rechts-konservative Regierung hat es geschafft, innerhalb kürzester Zeit auf einem der wichtigsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Politikgebiete, das schon in der Vergangenheit nie den Stellenwert genoss, den es eigentlich haben sollte, komplett zu versagen.

Alle DiskutantInnen kritisierten die Novelle zum Bundesministeriengesetz 1986, das die Neuordnung der Kompetenzen vorgenommen hat. Es kam nicht zur allseits verlangten und notwendigen Bündelung von Forschung, Wissenschaft und Technologie (die alte Koalition hat diese Bereiche im BM für Wissenschaft und Verkehr und im BM für wirtschaftliche Angelegenheiten gesplittet), sondern zu einer weiteren Aufspaltung der Kompetenzen auf mehrere Ministerien.

Für die Forschungs- und Technologiepolitik sind das BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur (EU-Programme, Akademie der Wissenschaften), das BM für Innovation und Zukunft (Forschungsförderung für die gewerbliche Wirtschaft – kurz FFF, Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung – kurz FWF, Innovations- und Technologiefonds – kurz ITF, Rat für Forschung und Entwicklung), das BM für Wirtschaft und Arbeit (Technologie- und Innovationsförderung im ERP-Fonds und der Búrges, Innovationsagentur) sowie das BM für Land- und Forstwirtschaft für die Umweltforschung und das BM für Soziales für die Gentechnikforschung zuständig. In diesem Kompetenzdschungel können die Interessen der österreichischen Forschung nicht gewahrt werden und keine effiziente Forschungs- und Technologiepolitik betrieben werden.

Durch diese Aufteilung ist auch die künftige Koordination der europäischen Forschungsprogramme und die damit verbundenen (oft kurzfristig zu veranlassenden) innerösterreichischen Entscheidungsprozesse beinahe unmöglich geworden. Österreich kann bei den Forschungsagenden nicht mit einer Sprache sprechen, zunehmend schwer haben es heimische Forscher durch die internationale Isolation der Bundesregierung.

Das Ziel der Bundesregierung, die Forschungsquote in Österreich bis 2005 auf ein Niveau von 2,5% des BIP zu heben (derzeit 1,7%), *„ist nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben steht“* (Welzig). Eine Anstrengung in eine beträchtliche Ausweitung der Mittel wäre notwendig, das Gegenteil ist zu befürchten.

Der Moderator **Klaus Taschwer** vom Falter beginnt damit den provokanten Titel der Veranstaltung zu „rechtfertigen“, obwohl die blau-schwarze Regierung noch keine 100 Tage im Amt ist. Denn wenn man daran denkt, dass es sofort nach Regierungsantritt heftige Reaktionen von Seiten ausländischer ForscherInnen gegeben hat, die sich sehr kritisch zu weiteren Kooperationen mit österreichischen ForscherInnen geäußert haben. Dies scheint auf der formalen Ebene bereinigt. Es gibt dennoch zwei wesentliche Aspekte, warum es lohnt, schon jetzt über dieses Thema zu diskutieren.

Neues Ministeriengesetz und neue Kompetenzverteilung

Weitere Steigerung der Ausgaben für F&E wird für dieses Jahr nicht passieren. Das Ziel einer Forschungsquote von 2,5% des BIP scheint fragwürdig.

Kurt Grünewald, der Wissenschaftssprecher der Grünen, merkt an, dass **Wissenschaft, Universität und Forschung nicht im Zentrum des parlamentarischen Interesses** und

nicht im Interesse der Parteipolitik sind. Bei Sitzungen im Parlament, z.B. im Rahmen der Budgetdebatte, sei die Besiedlung mit interessierten Abgeordneten so dünn wie sonst nirgendwo. Welche Bedeutung Forschung, Entwicklung und Universitäten im Rahmen der Regierungspolitik haben, sieht man anhand den ersten Maßnahmen, die entgegen allen Empfehlungen hochschulpolitischer Organe und RepräsentantInnen gelaufen sind. Die Rede war von einer Bündelung der Agenden und ein gestärktes Wissenschafts- und Technologieministerium zu schaffen – ohne die Agenden des Verkehrs. Vor den Wahlen sei man allseits dieser Auffassung gewesen. Mit der Bildung eines großen Bildungsministeriums, wo die Forschung und Entwicklung das fünfte Rad am Wagen sei, wäre das Gegenteil passiert.

Grünewald weist auch auf die Splittung der Forschungsförderung hin (entsprechend obiger Ausführungen). In der Budgetdebatte konnten die Abgeordneten an die neuen Verantwortlichen von Forschung, Entwicklung, Wissenschaft und Universitäten Fragen stellen. Erschreckend wäre die Erkenntnis gewesen, welche Unkenntnis bei den zuständigen MinisterInnen herrscht, die auch nicht damit zu entschulden sei, dass manche Personen erst seit kurzem für das betreffende Ressort zuständig seien.

Insgesamt sieht Grünewald die Situation als äußerst kritisch an. Kritisch auch deshalb, da die Bundesregierung das Versprechen der Erhöhung der Forschungsquote auf ein europäisches Niveau vergleichbarer Industriestaaten bricht und jede Kritik daran als Miesmacherei oder Parteigezänk bezeichnet, ohne auf die Vorwürfe in irgend einer Weise sachlich einzugehen.

In der Regierungserklärung werde relativ locker mit Begriffen eingegangen, wie z.B. der **Vollrechtsfähigkeit der Universitäten**, wo argumentiert wird, dass einzelne Vertreter der Universitäten, insbesondere der Rektorenkonferenz, dies fordern. Tatsächlich gibt es keinen einzigen Beschluss in den gesetzlich legitimierten Gremialorganen gefasst, dass die Vollrechtsfähigkeit kommen soll. Es kommt damit der wiedererwachende Glaube an starke, allmächtige, wissende Männer zum Ausdruck. Universitäre Gremien werden als Diskutierklubs und Demokratie als überflüssiges Geschwafel bezeichnet, um effiziente, schnelle Lösungen zu erreichen. Die Effizienz würde zwar erreicht, aber auf Kosten der Mitsprache und Mitdenken der involvierten StudentInnen und WissenschaftlerInnen.

Kritik ist berechtigt, wenn Universitätsangehörige fordern, ausreichendes Geld würde die Universitäten reformieren. **Innovation an den Universitäten braucht mehr als nur Geld**, ohne Geld geht es nicht, aber es braucht moderne Strukturen, Glaube an den Nachwuchs und motivierte Leute. 50% des wissenschaftlichen Personals sollen in fünf Jahren erneuert werden, wie soll dabei auf Entwicklung und Kontinuität Einfluss genommen werden. Grünewald glaubt aber, dass Pragmatisierung auf Biegen und Brechen nicht mehr verteidigt werden. Pragmatisierung in der Forschung kann nicht heißen, jeder kann tun und lassen was er will, es werde ihm schon nichts geschehen. Dennoch müssen Reformen in den Kollegialorganen akzeptiert werden, und können nicht von oben verordnet werden. Vor Reformen muss eine Evaluierung aufzeigen, wo Schwächen und Stärken der Universitäten liegen. Dieses Minimum an Wissenschaftlichkeit müsse man einfordern bevor Reformen kommen, die möglicherweise keinen Stein auf dem anderen lassen.

Erwin Niederwieser, Wissenschaftssprecher der SPÖ, meint, dass der Titel der Veranstaltung, an der er nicht ganz unbeteiligt sei, schon wieder etwas falsch sei. Noch richtig, wenn es um die Kompetenzverteilung geht, allerdings ist es im Budgetausschuss um die Verteilung einer Beute, die noch nicht erlegt wurde, diskutiert. Vier Milliarden sind für die Vergabe der neuen Handy-Lizenz im Budget vorgesehen. Dies ist zu niedrig angesetzt, die Frage sei, was mit den Mehrerlösen passiere. Der Finanzminister will dies zur Schuldentilgung verwenden, es solle aber möglich sein, **dabei zusätzliche Geldmittel für die Forschung zu lukrieren**.

In den letzten Jahren gab es einige Entwicklungen, auf die man aufbauen hätte können – Bericht der Technologiebeauftragten der Bundesregierung (Hochleitner-Schmidt), Grünbuch für Forschung und Entwicklung, Delphi-Studie, etc. Entlang dieser Papiere könnte man sehr gut Forschungspolitik machen, derzeit sehe es allerdings nicht danach aus. Nicht zu unterschätzen seien auch die internationalen Probleme, sprich das Verhältnis Österreichs zu den anderen EU-Mitgliedsländern. Es beginne jetzt die Diskussion über das **6. Rahmenprogramm für Forschung und Technologie**. Es geht darum, ob die einzelnen Länder ihre Vorschläge einbringen können. Man kann sich eigentlich nur dann einbringen, wenn man Verbündete hat. Dies ist auch auf politischer Ebene sehr wichtig. Das europäische Parlament wird letztlich stark beteiligt sein, wenn die Rahmenprogramme beschlossen werden. (Das Österreichische Parlament hat übrigens bei der Gestaltung der heimischen Forschungspolitik bei weitem nicht diese Rechte). Beim nächsten Rahmenprogramm ist zu entscheiden, wie es mit EUREKA weitergeht, wie das Hochleistungsdatennetz zwischen den Forschungseinrichtungen der EU ausgebaut wird. Österreich solle in diesem Diskussionsprozess voll eingebunden sein, diese Problematik kann nicht unterschätzt werden.

Niederwieser spricht auch das Problem der fehlenden Lobby für die Forschung an. In Österreich wird sehr wenig politisch über die Forschung diskutiert, obwohl die Situation derzeit sehr kritisch ist. Es wird lieber über die Millionenschulden der SPÖ diskutiert als über die Milliarden, die in der Forschungspolitik fehlen. Die Richtung der Bundesregierung ist generell sehr wirtschaftsnahe. Dies ist auch in der Forschungspolitik ein Problem, da die Grundlagenforschung in Zukunft einen geringen Stellenwert haben wird. Auf Entscheidungen in diese Richtung müsse man gefasst sein.

In nächster Zeit wird der Rat für Forschung und Entwicklung eingerichtet. Die zuständigen Minister (Gehrer und Schmidt) geben zu diesem wichtigen Thema unterschiedliche Positionen ab. Auch **die Frage von Schwerpunktsetzungen wird in nächster Zeit zu beantworten sein**, also in welche Richtung größere Projekte gesetzt werden. Beim Rat in Lissabon wurde von der EU der Forschungsschwerpunkt in der Informationstechnologie gesehen. In der Delphi-Studie wurde der Gesundheitsbereich als künftig stark wachsender Wirtschaftsbereich identifiziert. Es sei wichtig, frühzeitig diese "Motoren" zu erkennen, bei der IT ist Europa z.B. mindestens fünf Jahre zu spät dran.

Arnold Schmidt bemerkt, dass es Jahr(zehnt)e in Österreich keine Forschungs- und Technologiepolitik gegeben hat. Dem sei gegenüberzustellen, dass es in den letzten 10-15 Jahren viele interessante Initiativen gegeben hat, die den internationalen Vergleich zu scheuen brauchen. Eines sei zweifelsohne der FWF, der nun schon dreißig Jahre alt ist. Dies gilt für viele andere Initiativen auch, Schmidt erwähnt mit den Kplus-Zentren (Kompetenzzentren) noch eine jüngere Initiative. In Österreich fehlte allerdings immer eine Zusammenschau und eine vernünftige Wertung, wie viel man für welche Bereiche ausgeben möchte. Wie viel soll man für Grundlagenforschung, für angewandte Forschung und Technologieforschung ausgeben? Dies war in Österreich immer Wildwuchs.

Die Debatte war nun in Österreich vor zwei Monaten soweit, dass alle Leute sagten, man müsse diesen ganzen Bereich unter ein Leadership stellen, dies ist ein Minister oder eine Ministerin für Wissenschaft und Technologie. **Die jetzige Kompetenzverteilung** folgt keinen rationalen Vorstellungen, sie folgt nicht irgendwelchen groben Interessenslinien, sie ist einfach **lack of leadership**. Die "große Politik" hat sich darum nicht gekümmert und der Rest ist "passiert". So sind jetzt im "Schulministerium" die EU-Programme angesiedelt. Einzig positiv sei festzuhalten, dass die drei wichtigen Forschungsförderungsfonds – FWF, FFF und ITF – im Infrastrukturministerium vereint sind, dazu noch Seiberdorf, Arsenal, Weltraumforschung, etc. Im BM für Wirtschaft und Arbeit, das eigentlich nur am Rande mit

Forschung und Technologie zu tun hat, sind noch relevante Institutionen wie die Christian Doppler Gesellschaft.

Es stellt sich die Frage, wie es zu diesem *lack of leadership* überhaupt kommen konnte. Schmidt meint, dass zwei Dinge zu diesem Ergebnis führten. Erstens sei man der Meinung gewesen, dass alle Schulen in einer Hand sein sollten. Die Sinnhaftigkeit der Zusammenlegung von Universitäten und Mittelschulen kann sich laut Schmidt jeder selber ausmalen. Der zweite Aspekt ist die Schaffung des Infrastrukturministerium. Diese Konstruktion ist beinahe schon komisch, weil die Synergien zwischen materieller (Eisenbahn, Straßen, Energie) und immaterieller Infrastruktur (Aufbau von Kompetenzen auf bestimmten Gebieten) nicht gegeben sind. Diese beiden Bereiche haben einfach überhaupt nichts miteinander zu tun. Diese beiden nicht nachzuvollziehenden Denkfehler haben unendliche Schaden gestiftet und sind der "großen" Politik aus Zeitmangel nicht aufgefallen.

Diese Kompetenzverteilung ist laut Schmidt aus zwei Hauptgründen unzweckmäßig. Erstens sei es sehr wichtig, dass bei den Ministerräten am Dienstag eine Person für die Forschung und Technologie die Stimme erhebt. Dass zwei Personen sich dies aufteilen, ist schon eine gigantische Schwächung für diesen Bereich. Das zweite geht etwas mehr ins Detail. Beim EU-Forschungsministerrat ist Gehrler, die auch für die EU-Programme zuständig ist. Die EU-Programme sind hauptsächlich Technologieprogramme, das Technologieministerium ist dabei höchstens in zweiter Hand eingebunden. Der Rat für Forschung und Technologie kann unmöglich diesen Fehler ausmerzen. Ein Rat ist wichtig, aber er kann das nicht ersetzen, was auf der Hand gelegen wäre: **Ein gesamtheitliches Ministerium für Universitäten, Wissenschaft, Forschung und Technologie**. Bei einer neuen Regierungsumbildung muss dies repariert werden.

Schmidt meint, dass das schon angesprochene allgemeine und damit auch politische Interesse an Forschung und Technologie nicht besonders groß sei. Das sei kein österreichisches Unikum, dies könne man auch in anderen Ländern beobachten. Merkwürdig sei nur, dass eine Regierung, die meint, man müsse das Innovationssystem unbedingt stärken, um den Sprung in die Wissensgesellschaft zu schaffen, solche Maßnahmen setzt. Das Ziel einer Forschungsquote von 2,5% steht auch in dieser Regierungserklärung, allerdings sehen die aktuellen Zahlen etwas anders aus. Zwei Milliarden ATS pro Jahr müsste man mehr ausgeben, um zumindest die Forschungsquote halten zu können, das Budget gibt keinen Hinweis in dieser Richtung. Um 2,5% zu erreichen, bedürfe es einer Steigerung um zweistellige Milliardenbeträge pro Jahre, diese können nicht aus dem Budget kommen und daher müssen andere Mittel dafür eingesetzt werden.

Ina Wagner möchte die Perspektive einer Antragsstellerin für Forschungsprojekte einnehmen. Es gibt ein mangelndes Vertrauen in die österreichische Forschungsförderung, obwohl sich in den letzten Jahren einiges gebessert hat, dennoch präferieren viele die EU-Forschungsförderung, weil sie hierzulande mit ihren Projekten nicht unterkommen. Wagner sieht zwei Probleme: Einerseits ein **Mangel an Transparenz** und andererseits **ein eingeschränktes Verständnis von Interdisziplinarität**.

Der Mangel an Transparenz hängt auch von der unmöglichen Kompetenzverteilung ab, dies wird sicher jetzt noch schlimmer. Gerade im BM für Wissenschaft gab es in den letzten Jahren einige sehr interessante Programme: Cultural Studies, Nachhaltigkeit, Mobilität, Kplus, etc. Die Frage sei, ob es in Zukunft solche problembezogenen Programme, die auch stark gesellschaftspolitisch motiviert sind, überhaupt noch geben. Die Kritik bis dato war aber auch immer, dass über die existierenden Programme der Überblick, die Koordination und die Einheitlichkeit der Richtlinien fehlt. Auch die Begutachtungsverfahren waren nicht immer ausreichend objektiv, in vielen Bereichen besteht Misstrauen der Forscher, das manchmal vielleicht auch unberechtigt ist.

Einige Programme sind in Punkto Interdisziplinarität schon offener, der FWF ist noch immer etwas starr in seinem Verständnis von Interdisziplinarität. Aus eigener Perspektive kann Wagner berichten, die in ihrem Bereich an der Schnittstelle von Technikentwicklung, Arbeitssoziologie, Kunst und Architektur ist und mit stark partizipativen Verfahren arbeitet, dass sie in den österreichischen Programmen kaum unterkommt, aber in den EU-Programmen zunehmend sehr gut unterkommt. Viele der österreichischen Programme sind bei der innovativen Kombination von unterschiedlichen Disziplinen sehr starr.

Was wichtig wäre für die österreichische ForscherInnenszene wäre die Entwicklung eines Rahmenprogramms in Anlehnung an die EU-Programme, durchaus mit eigener Schwerpunktsetzung. Eine größere Offenheit in Richtung gesellschaftlicher Zielsetzungen, vor allem bei den Technologieprogrammen, wäre notwendig. Mit der neuen Regierung sind diese Punkte noch weniger erreichbar.

Wagner stellt sich auch die Frage, was mit der Frauenforschung und den forschenden Frauen geschehen wird, wo es in den letzten Jahren im Wissenschaftsministerium große Fortschritte bei der Projektförderung gegeben. Abschließend bemerkt sie, dass die Nachwuchsförderung an den Universitäten verstärkt betrieben werden muss. Es gibt einfach keine Stellen für junge WissenschaftlerInnen, dies ist ein großes Problem der Zukunft.

Werner Welzig bedankt sich für die Einladung an das RI. Karl Renner hat 1950 einen Vortrag vor der Akademie der Wissenschaften gehalten, 50 Jahre später darf Welzig in dem nach Renner benannten Haus sein. Renners Vortrag hatte damals den Titel: Die Not der Wissenschaft – dies sollte zum Weiterdenken veranlassen. Weiters bemerkt Renner damals, dass die Wissenschaft im Ringen der Klassen und Parteien ins Hintertreffen gerät.

Welzig regt an, dass man sich in der verbleibenden Stunde darauf einigt, worüber man sprechen möchte:

- Über die Kompetenzverteilung und eine bessere zukünftige Verteilung
- Über den Rat für Forschung und Technologie
- Über die Europäische Situation
- Über die Budgetentwicklung
- Was wird die Scientific Community in den nächsten Jahren tun?
- Wo in der Forschungspolitik soll die Community autonom entscheiden und wo soll die Politik Entscheidungen treffen?

Auf Welzigs Anregung wird allerdings nicht eingegangen und keine Entscheidung getroffen, sich auf ein Themengebiet zu spezialisieren.

Danach gibt der Moderator das Wort an das Publikum, da sich die Wortmeldungen am Podium eher ergänzt als widersprochen haben. Es kommt die Frage, um wie viel das Budget im Wissenschaftsbereich eingeschränkt wird und wo?

Schmidt antwortet, dass die bis dato vorliegenden Zahlen nicht nachzuvollziehen sind, allerdings sagt Grasser, dass es in den drei zuständigen Ministerien im Wissenschaftsbereich zu Einsparungen von einer halben Milliarde kommen wird. Beim FWF werden die Bundesmittel von 830 Millionen auf 610 Millionen gekürzt. Die staatlichen Mittel werden also um 220 Millionen geringer sein, allerdings werden die Mittel von der österreichischen Nationalbank eine Teilkompensation ermöglichen. Wagner sagt, dass die Geldmittel für die Investitionen drastisch gekürzt worden sind.

Welzig meint, dass das Personal an den Universitäten unangetastet bleibt, allerdings der Sachaufwand stark gekürzt wurde. Bei der Akademie der Wissenschaften wird allerdings auch das Personal aus dem Budget bezahlt. Die Akademie wird wohl mit keinen Kürzungen zu rechnen haben. Niederwieser ergänzt, dass die Universitäten heuer 1,5 Milliarden weniger als 1999 bekommen werden, allerdings muss man Kompetenzverschiebungen einrechnen, sodass 590 Millionen an Reduktion übrig bleiben. Drastische Kürzungen gibt es

dabei beim Sachaufwand um bis zu 66%. Es gibt Möglichkeiten während des Jahres zusätzliche Mittel zu lukrieren, allerdings ist dies noch nicht klar, ob dies wirklich erreicht werden kann. Grünewald merkt an, dass im medizinischen Bereich alleine durch die Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes 600 Millionen gepumpt werden müssen. Auch wenn die Personalaufwände gleich bleiben, sinken sie, da das Personal teurer wird. Es werden also Planposten unbesetzt bleiben.

Die nächste Frage umfasst die Formen der Forschungs- und Wissenschaftsförderung. Der Fragesteller erwähnt erfolgreiche Modelle der ETH Zürich, in Schweden und Norwegen. Welches Modell wäre zukunftsweisend? Darauf wird vom Podium nicht eingegangen.

Es kommt die Anmerkung aus dem Publikum, dass das Ziel der 2,5% zwar schwer zu erreichen sein wird, allerdings sollte man noch nicht resignieren. Die Hauptstoßrichtung sollte die Erhöhung der Mittel im wirtschaftsnahen Bereich sein, da Österreich dort zurückliegt.

Schmidt stimmt zu, dass der Anteil der Wirtschaft größer sein soll, allerdings nicht wesentlich größer. Ein funktionierendes Industrieunternehmen gebe soviel für Forschung aus, wie es meint, dass es für das Geschäft gut sei. Wir leiden unter einer Industriestruktur, die Forschung nicht so braucht und eine neue Industriestruktur taucht nicht über Nacht auf. Somit muss ein größerer Teil aus allgemeinen Mittel kommen. Zur Zeit ist das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Mittel 50:50, in Zukunft verschiebt sich dies vielleicht zu 40:60. Dennoch wird ein großer Brocken von der öffentlichen Hand finanziert werden müssen.

Die nächste Frage ist eine Kritik an der bisherigen Regierung unter SPÖ-Führung, die viele Probleme im Universitätsbereich (Soziale Absicherung der Studierenden, keine Dynamik an den öffentlichen Universitäten und im Gegenzug wurde sinnlos die rechtliche Grundlage für Privatuniversitäten geschaffen) verantworten muss. Weiters wird nach dem finnischen Modell gefragt, da Finnland es im letzten Jahrzehnt geschafft hat, die F&E Quote signifikant zu erhöhen und die Industriestruktur in Richtung Technologie- und Innovationsorientierung umzubauen.

Schmidt antwortet, dass in Finnland ein breiter politischer Konsens da ist und eine Begeisterung für Technologie und Wissenschaft, die zum Teil fast abenteuerlich ist. Es wurden massiv Gelder investiert, die aus Privatisierungen stammen. Niederwieser möchte nicht mehr auf die Sparpakete der alten Koalition eingehen, allerdings möchte er ein anderes Beispiel neben Finnland erwähnen: In Bayern wurde ganz gezielt in gewisse Forschungsfelder investiert, wie z.B. der Biotechnologie. Es wurden umgerechnet 100 Milliarden Schilling ganz gezielt in gewisse Forschungsfelder investiert. Der Gesundheits- und Wellness-Industrie könnte in Zukunft die gleiche Trägerfunktion spielen, wie es heute der IT-Sektor tut. Daher könnte hier eine mögliche österreichische Investition liegen. Oder werden wir in 20 Jahren sagen: Schade, hätten wir doch dort investiert.

Abschließend zitiert Werner Welzig noch einmal Karl Renner: *„Die Wissenschaft muss dem ganzen Volk dienen“*. Damit wird eine spannende und interessante – wenn auch in viele Teilbereiche aufgespaltete – Diskussion beendet.